

Ferner waren anwesend:

Herr Bürgermeister Günther Winkler
Herr Dr. Ragnar Warnecke, Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt
Herr Otmar Walter, Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt
Herr Dr. Alois Mahlberg, Fa. PEDOS
Herr Robert Herzog, Fa. REMONDIS
Herr Sven Homolka, Fa. REMONDIS

Tagesordnung:

- 1 Energiesituation in Deutschland und der EU
- 2 Aktuelles und Umweltbericht aus dem Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt
- 3 In-Situ - Behandlung von arsenhaltigem Schottermaterial auf der Kreismülldeponie Guggenberg
- 4 Müllabfuhrbetrieb bei winterlicher Witterung
- 5 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Energiesituation in Deutschland und der EU

Dr. Warnecke, Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt, erläuterte anhand beiliegender Präsentation die Energiesituation in Deutschland und der EU.

Landrat Schwing dankte ihm für den interessanten, etwas anderen Blickwinkel. Die Zusammenhänge seien eindeutig da und man könne sich davor nicht verschließen, denn man sei ein exzellenter Produktionsstandort und die bereitzustellende Energiemenge sei eine große Herausforderung.

Kreisrat Dr. Steidl fand die Strompreisentwicklung interessant, trotz Photovoltaik-Ausbau solle dieser um 100 Euro pro Haushalt steigen. Er fragte, ob dies aufgrund der EEG-Förderung der Fall sei, was ihm Dr. Warnecke bestätigte. Auch die Stromspeicherung empfinde er als wichtiges Thema im Hinblick auf Windkraft, daher fragte er, ob dies auch mit eingepreist sei. Zum Thema Biomasse stellte er die Ausbaukapazität in der Region in Frage.

Dr. Warnecke erklärte, die EEG-Umlage werde uns noch 15-20 Jahre begleiten. Er glaube weiterhin, dass Holz schon noch Potential habe, wenn man den Wald noch stärker bewirtschafte. Solche Dinge solle man möglichst regional lösen, da der nationale Markt so schnelllebig sei.

Kreisrätin Almrither regte an, im Zusammenhang mit dem Gesamtenergieverbrauch auf CO² zu achten, was in die Luft gelange, da der Müll per LKW nach Schweinfurt transportiert werde. Dies könne man durch einen Transport per Gleis reduzieren.

Landrat Schwing wies darauf hin, man habe bisher immer mit Bahnversand ausgeschrieben, aber noch nie ein Angebot erhalten.

Kreisrat Dr. Fahn fügte hinzu, der Mülltransport mit der Bahn sei ein Dauerthema, 2013 sei ein neuer Vertrag fällig und die Bahn habe ihm versichert, dann ein Angebot zu machen.

Landrat Schwing ergänzte, die Bahn habe schon mehrfach versichert, ein Angebot abzugeben, dies sei bisher nicht erfolgt, man könne aber auch niemanden zwingen, daher bat er diese Diskussion zu beenden.

Die Mitglieder des Ausschusses nahmen den Bericht zur Energiesituation in Deutschland und der EU zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelles und Umweltbericht aus dem Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt

Herr Walter, Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt, gab den Umweltbericht anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Schwing dankte ihm für seinen Bericht, die Information über Beteiligungen sei wichtig. Bereits im Kreistag am Tage zuvor habe man den Beteiligungsbericht zur Kenntnis genommen, hierbei sei das Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt auch enthalten gewesen. Bereits in dieser Sitzung habe er festgestellt, dass es sich um ein Erfolgsmodell handele.

Kreisrätin Almritter stellte die Frage, wohin Flugasche und Schlacke entsorgt werden. Weiterhin fragte sie, warum die Emissionen (Bericht Seite 9) von 2009 auf 2010 gestiegen seien.

Herr Walter antwortete, die Flugasche und auch die Salze werde bei der Kali & Salz bei Bad Hersfeld zur Endablagerung untertage gebracht. Die Schlacke komme nach Würzburg zu einer Aufbereitungsanlage, verwertet werde diese dann auf der Deponie im Landkreis Bad Kissingen. Hier habe man einen Tauschvertrag abgeschlossen, die Kosten seien somit besser geworden. Der Vertrag laufe insgesamt 18 Jahre, die ersten fünf Jahre seien nun verstrichen. Somit sei hier mit einer Kostensteigerung nicht zu rechnen. Auch die Flugaschekosten seien in den letzten Jahren stabil gewesen, dies liege aber an einer deutlichen Senkung der Gesamtkosten. Zu den Emissionen erklärte er, die Erhöhung könne man nicht nachvollziehen, die Messtechnik sei unverändert. Daher handele es sich um eine Frage der Genauigkeit der Messung.

Dr. Warnecke fügte hinzu, die Messwerte seien zum Teil so niedrig und die Geräte seien immer wieder neu zu kalibrieren. Es handele sich weiterhin um Jahresmittelwerte und um statistische Werte. Es handele sich somit um eine messtechnische Größe. Eine Kalibrierung erfolge alle drei Jahre, eine Funktionsprüfung erfolge jährlich. Das Problem sei ein nationales Problem der Messtechnik. Wenn man sich nahe am Nullpunkt der Messgenauigkeit bewege, also sehr weit weg vom Grenzwert, dann habe man dieses Problem. Dies habe aber keinerlei Auswirkungen auf den Gesamtwert.

Kreisrat Dr. Steidl ergänzte, wenn man sich nahe an der Messgenauigkeit befinde und diese Werte dann hochrechnen müsse, habe man schnell eine Verdoppelung, also sehr schnell den Faktor 2. Je näher man an der Messgrenze sei, desto höher sei die Ungenauigkeit.

Die CO₂-Emissionen beim Müll seien deutlich niedriger, er fragte daher, ob dies daran liege, dass man dies am Biomasseanteil nicht mitberechne.

Herr Walter bestätigte dies, nur das fossile CO₂ werde betrachtet, nicht das, was auf erneuerbare Energien beruhe.

Auf Rückfrage von Kreisrat Scherf zu Seite 9 des Berichtes bestätigte Herr Walter, dass es sich um die Jahresmittelwerte aus 2010 handele.

Kreisrat Schumacher fragte in Bezug auf die Stillstände der Turbinen, ob nur geplante Stillstände oder auch Störungen vorlagen und ob man Korrosion im Griff habe.

Herr Walter erklärte, bei Turbinenrevision laufe der Betrieb, man habe zwei Turbinen. Natürlich gebe es auch ungeplante Stillstände, z. B. Rohrreißer, dies komme vor.

Dr. Warnecke ergänzte, Korrosion finde noch statt, aber man habe einen deutlichen Fortschritt gemacht und man gehe davon aus, dass man um 30-50 % reduzieren könne. Diese Entwicklungen gingen allerdings langsam voran, man müsse erst ausprobieren und dies koste Zeit.

Die Mitglieder des Ausschusses nahmen den Bericht zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

In-Situ - Behandlung von arsenhaltigem Schottermaterial auf der Kreismülldeponie Guggenberg

Dr. Mahlberg erläuterte die Behandlung von arsenhaltigem Schottermaterial auf der Kreismülldeponie Guggenberg anhand beiliegender Präsentation.

Landrat Schwing dankte ihm für den Vortrag. Bereits in der letzten Sitzung habe man über das interessante Verfahren berichtet und wolle heute genauer informieren. Man werde diese Möglichkeit weiterverfolgen.

Kreisrat Maurer fragte, ob bei dem anstehenden Feldversuch die ganze kritische Fläche benetzt werde und ob man einschätzen könne, wie oft Beregnungen erfolgen müssten, im Hinblick auf den Kostenfaktor.

Dr. Mahlberg antwortete, beim Feldversuch werde man eine Hangfläche von 50x50 m benetzen. Zunächst erfolge dies im Kreisverfahren, in der Regel lasse die Wirkung nach drei- bis viermal nach.

Kreisrat Dr. Steidl stellte die Frage, ob für die Beregnungen normales Wasser verwendet werde, was bei realen Bedingungen passiere und wie genau der Effekt aussehe.

Dr. Mahlberg erklärte, eine starke pH-Wert-Absenkung erfolge in der Deponie nicht, hier bilde sich Eisenhydroxid und dies gehe über in Eisen, das Arsen werde fixiert.

Die Mitglieder des Ausschusses nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Müllabfuhrbetrieb bei winterlicher Witterung

Landrat Schwing begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Herzog und Herrn Homolka von REMONDIS.

Herr Herzog stellte sich als verantwortlicher Betriebsleiter der Betriebsstätte Büdingen vor, der die Betriebsstätte Obernburg zugeordnet ist. Herr Homolka sei der Verantwortliche in Obernburg.

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte den Sachverhalt:

Nach den letzten beiden harten Wintern mit vielen Problemen bei der Müllabfuhr wollen wir Ihnen heute berichten und eine Anpassung unserer öffentlichen Müllabfuhr an die sich offensichtlich wandelnden Bedingungen vorstellen und vorschlagen:

In unserem Vertrag mit der Fa. REMONDIS haben wir festgeschrieben, dass bei Behinderungen der Müllabfuhr, REMONDIS diese Abfuhr unverzüglich nachzuholen hat. Eine Einstellung der Müllabfuhr bei extremen Witterungsverhältnissen darf nur im Einvernehmen mit dem Landkreis erfolgen.

Diese Regelungen führen dazu, dass REMONDIS nicht anfahrbare Straßen wiederholt anfährt und dies in den meisten Fällen erfolglos. Dabei entsteht ein Zeitaufwand der sich auf die gesamte Tourenplanung auswirkt und die Probleme bei winterlichen Straßenverhältnissen noch weiter verschärft.

In der Folge kann REMONDIS die Abladezeiten nicht einhalten und wir müssen mit längeren Öffnungszeiten und erhöhten Personalkosten unsere Entsorgungsanlagen in Betrieb halten.

Die Probleme setzen sich teilweise bis zur Beladung der Restmülltransporte und der Altpapiertransporte fort, da die planmäßigen Mengen nur mit erheblichen Zeitverzögerungen auf unserer Müllumladestation ankommen.

Es entstehen Kosten bei REMONDIS, beim Landkreis und bei den Transportunternehmen.

Wir empfehlen daher eine Umstellung, wie sie bereits im Odenwaldkreis und im Landkreis Aschaffenburg seit Jahren eingeführt ist:

Die Durchführung der öffentlichen Müllabfuhr im Landkreis Miltenberg wird ab dem Winter 2011/2012 auf der Grundlage des § 8 der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Miltenberg nach folgenden Kriterien organisiert:

1. Straßen und Straßenabschnitte die aufgrund winterlicher Straßenverhältnisse nicht anfahrbar sind werden nicht mehr wiederholt angefahren. Die Entscheidung trifft der verantwortliche Fahrzeugführer.
2. Betroffene Straßen und Straßenabschnitte, möglichst inklusive der betroffenen Hinterliegerstraßen, werden von der vom Landkreis mit der Müllabfuhr beauftragten Firma, z.Z. REMONDIS, Obernburg, im Tagesbericht aufgeführt.
3. Am Abfuhrtag nicht geleerte Gefäße, bzw. nicht abgeholte Säcke, müssen die Kunden spätestens am nächsten Tag wieder zurückholen. Sie dürfen nicht länger auf Gehsteig oder Straße belassen werden.
4. Die Abfuhr der nicht abgeholten Abfälle erfolgt am turnusgemäß nächsten Abfuhrtag für die jeweilige Abfallfraktion. Am jeweils ersten Abfuhrtag nach Wegfall der Behinderung der Müllabfuhr werden Beistände der jeweiligen Abfallfraktion mit eingesammelt. Dabei soll Restmüll in geeigneten Plastiksäcken bereitgestellt werden. Hierfür sind keine gebührenpflichtigen Restmüllsäcke des Landkreises erforderlich. Papier und Kartonagen sollen gebündelt bereitgestellt werden.
5. Sonderregelung Bioabfälle:
In den Zeiten in denen die öffentliche Müllabfuhr aufgrund winterlicher Straßenverhältnisse nicht wie gewohnt durchgeführt werden kann, dürfen die betroffenen Abfallerzeuger auch Biomüll in der Restmülltonne oder mit der Restmülltonne zur Einsammlung bereitstellen, soweit die Kapazität der vorhandenen Biotonne nicht ausreicht.
6. Gewerbliche Anfallstellen, insbesondere Gaststätten werden auch bei winterlichen Straßenverhältnissen angefahren und entsorgt, da die Zufahrten zu diesen Objekten in der Regel geräumt und befahrbar sind.
7. Der Landkreis wird sich dafür einsetzen, dass diese Regeln auch von der von den dualen Systemen in Deutschland mit der Einsammlung der gelben Wertstoffsäcke beauftragten Firma, z.Z. Fa. RESO, Michelstadt, angewendet werden.

Diese Überlegungen haben wir unseren Ansprechpartnern bei den Gemeinden bereits bei der Gemeindedienstbesprechung am 10. Mai 2011 vorgestellt und bisher von dort keine Einwände erhalten.

Eine Änderung unserer Abfallwirtschaftssatzung ist nicht erforderlich. Die Umstellung ist durch § 8 der Abfallwirtschaftssatzung gedeckt.

Erforderlich sind eine klare Regelung mit REMONDIS und RESO und natürlich die entsprechende Information unserer Kunden. Dies wollen wir durch ein neues Merkblatt, über die gemeindlichen Amtsblätter und natürlich „blickpunkt mil“ erledigen.

Mit Ihrer Zustimmung werden wir dann unsere Landkreisgemeinden im Detail informieren und Ihnen Gelegenheit geben dazu ihre Meinung zu äußern. Auch die erforderlichen Gespräche mit RESO müssen noch geführt werden. Im Oktober werden wir Ihnen dann das Ergebnis zur endgültigen Entscheidung vorlegen.

Landrat Schwing fügte hinzu, ein Beschluss sei heute nicht notwendig. Man werde dies noch mit den Kommunen besprechen. Auch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit sei notwendig. Ihn interessieren noch die Erfahrungen aus den Nachbarlandkreisen, die diese Regelungen bereits umsetzen.

Regierungsamtsrat Röcklein berichtete, man habe sich am intensivsten mit dem Odenwaldkreis ausgetauscht. Dort laufen diese Regelungen seit Jahren ohne Probleme. Probleme in der Einführungsphase seien normal.

Kreisrätin Almritter mache sich Gedanken über die Lagerung des Mülls, nicht im ländlichen, aber im städtischen Raum, besonders bei Extremsituationen wie im letzten Winter.

Landrat Schwing erklärte, im städtischen Bereich werde es kaum Probleme geben, da dort eher gestreut und geräumt werde. Weiterhin müsse man beachten, dass es sich nur um Einzeltage handle. Es gebe hier verschiedene Aspekte, nicht nur die Müllabfuhr, sondern auch die Feuerwehren haben Probleme. Oft liege hier eine Gedankenlosigkeit der Bürger vor. Ohne Regelungen habe man noch mehr Probleme.

Regierungsamtsrat Röcklein ergänzte um den Vorteil der minimierten Geruchsbelästigung im Winter.

Auf Rückfrage von Kreisrat Scherf, wann die Bürger vom nächsten Abfuhrtag erfahren würden, erklärte Regierungsamtsrat Röcklein, dass dies der nächste reguläre Abfuhrtag sei, dies sei dann mit Beistand möglich.

Kreisrat Maurer bat darum, bei entsprechender Wetterlage dann die Straßen zu sperren und für unpassierbar zu erklären. Er fragte auch, ob eine Weitermeldung an die Gemeinden erfolge, damit er dies entsprechend im Amtsblatt veröffentlichen könne, um die Nachfragearbeiten zu reduzieren.

Landrat Schwing versprach, vor einer Regelung werde die Absprache mit den Bürgermeistern und Gemeinden erfolgen. Eine Zusammenarbeit sei wichtig, eine Veröffentlichung im Amtsblatt mache aufgrund der Dauer bis zur Erscheinung aber wahrscheinlich wenig Sinn.

Kreisrat Dr. Steidl äußerte, wichtig seien klare Regelungen, gerade im Bezug auf die Beistände.

Die Mitglieder des Ausschusses nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Kreisrat Wendland bat um Berichte aus den Foren, die im Rahmen der Energiewende über die ZENTEC angeboten werden.

Landrat Schwing erklärte, er wisse nicht, ob dies möglich sei, da hier B.A.U.M. consult zuständig sei. Daher habe B.A.U.M. consult auch schon in den Gremien berichtet und es gebe einen Endbericht.

Regierungsrätin Ott wies darauf hin, dass auf der Homepage der ZENTEC ein Link zu den Protokollen zur Verfügung stehe.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin